

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Abteilungen erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen  
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Zeitungsspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 3 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-L. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprechnummer 14121 / Postfachkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel  
Geschäftsleitung: Dresden-L. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17339 / Druckanstalt: „Arbeiterstimme“ Dresden / Erscheinungstermine der Redaktion: Donnerstags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neuzeitlich gestaltete Anzeigenkategorie oder deren Raum 0,30 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restkategorie einschließlich an den dreigespaltenen Zeitungsstellen 1,25 RM. Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-L., Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang

Sonnabend, den 10. Juli 1926

Nummer 158

## Die „Erwerbslosenfürsorge“

### Kredite für die Unternehmer

In Düsseldorf tagte am 9. Juli der Bundesauschuss des DGB. Zur Erwerbslosenfrage folgte die Sitzung folgenden Beschlüsse:

„In der Erkenntnis, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland als Folgeerscheinung einer von den Gewerkschaften bekämpften nationalen und internationalen Wirtschaftspolitik eine schwere Gefahr für Volk und Volkswirtschaft nach auf lange Sicht im Bedenken zu sein, haben die Gewerkschaften schon seit Jahren umfassende Gegenmaßnahmen gegen eine weitere Verschärfung des Arbeitsmarktes und ausreichende Schutzmaßnahmen für die von der Arbeitslosigkeit Betroffenen gefordert. Trotz dieses Ringens ist bisher weder eine der heutigen Lage entsprechende Arbeitslosenversicherung geschaffen, noch sind wirksam einschneidende Maßnahmen getroffen worden, um die Arbeitslosen in Deutschland für die große Krise der Erwerbslosen leichter zu vermindern. Die Gewerkschaft begrüßt es, daß die Bedeutung der produktiven Fürsorge für die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit auch vom Reichstag in seinen letzten Beschlüssen anerkannt worden ist. Das von ihm angeordnete Programm für die Durchführung weitestgehender Arbeitsschaffung durch die Wirtschaft und die Gewerkschaften entspricht den oft und mit Nachdruck betonten gewerkschaftlichen Forderungen. Uns beunruhigt nicht, daß der Reichstag diese Forderungen nur teilweise erfüllt hat, sondern daß die Maßnahmen der Reichsregierung nicht den Forderungen der Gewerkschaften entsprechen. Die Gewerkschaften werden ihrerseits nicht ablassen, mit allen Mitteln auf die sofortige Inangriffnahme dieser wichtigsten Aufgabe der Gegenwart hinzuwirken.“

Der Bundesauschuss erklärt, die Maßnahmen der Reichsregierung seien den Forderungen der freien Gewerkschaften entsprechend. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die Erwerbslosen werden diese Erklärung mit Entzückung zur Kenntnis nehmen. Keine einzige Forderung der Erwerbslosen ist erfüllt. Die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung ist abgelehnt, die Berücksichtigung der Arbeitslosen ist abgelehnt. Die Auszahlung der Unterstützung auf die volle Dauer der Erwerbslosigkeit wurde nicht herabgesetzt; abgelehnt wurde die Ausdehnung der Kurzarbeiterunterstützung. Die Gewerkschaften aber erklären, die Maßnahmen der Regierung entsprechen den Forderungen der Gewerkschaften. Das bedeutet nichts anderes, als daß die Gewerkschaften gar nicht

bezogen denken, einen wirklichen Kampf um die Verbesserung der Lage der Erwerbslosen zu führen. Die von den Erwerbslosen geforderten Maßnahmen lassen sich nicht ohne Kampf durchsetzen. Nur im entschlossenen Einsatz aller Kräfte wird die monarchistisch-kapitalistische Regierung gezwungen, etwas zu unternehmen.

Der Bundesauschuss richtet aber keine Bitten an die monarchistische Reichsregierung. Der unerhörte Beschluß der Bundesversammlung muß den härtesten Widerstand aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter finden.

Wie soll denn die „Erwerbslosenfürsorge“ der Reichsregierung ausfallen? Auf der Sitzung des Bundesauschusses sprach der Reichsarbeitsminister Dr. Curtius. Sein Programm war klar, Kredite an die Unternehmer und nochmal Kredite. Die produktive Erwerbslosenfürsorge soll ausgebaut werden durch öffentliche Aufträge an die Unternehmer. Den Privatunternehmern, bestimmten Wirtschaftskreisen sollen Kredite gegeben werden.

Selbst soll die Landwirtschaft (sprich Großgrundbesitzer) Kredite erhalten. Curtius machte dann noch viel schöne Worte von Kanals- und Wohnungsbau, vom Ausbau der Wasserstraßen und der Reichsbahn, von Aufträgen der Volkswirtschaft.

Die deutschen Arbeiter haben die Segnungen der Kreditwirtschaft zur Genüge erfahren. Die Ruhrindustriellen erhielten 700 Millionen Mark, die Bergarbeiter flohen auf die Straße. Die Unternehmer nahen die Kredite, um auf Lager zu arbeiten, die Werke zu veräußern. Jetzt sollen 200 Millionen Kredite gegeben werden. Eine absolut unzulängliche Summe. Eine Bekämpfung der Erwerbslosigkeit im großen Maße wird dadurch nicht erfolgen. Auch jetzt haben die Arbeiter kein Kontrollrecht über die Verwendung der Gelder.

Die Gewerkschaften aber erklären ihre Zufriedenheit.

Die Arbeiter werden sich durch die Demos nicht irren lassen. Sie werden den Kampf weiterführen für die Erhöhung der Unterstützung, für Abschaffung der Bedarfsklausel, für volle Unterstützung. Die Arbeiter verlangen wirklich großzügige Kostensparungen und keine leeren Versprechungen.

## Internationale Solidarität mit den englischen Bergarbeitern

Berlin, 10. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Gestern trafen hier die Vertreter des englischen Bergarbeiterverbandes, Coal and Railway Miners, mit den Vertretern der russischen Bergarbeitergewerkschaft, Schwarz und Rot, zusammen, um die weitere Unterstützung des Streikes der Bergarbeiter Englands zu besprechen. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, einen Aufruf an die Arbeiter aller Länder zur Unterstützung des englischen Kohlenarbeiterkampfes zu richten, sowie russische und englische Vertreter beschlossen, die sofortige Einberufung eines englisch-russischen Einheitskomitees zu fordern und ein englisch-russisches Bergarbeiterkomitee ins Leben zu rufen. Dieses soll auch den Zweck haben, die russische Bergarbeitergewerkschaft der Bergarbeiterinternationalen anzuschließen.

Zeit langem Wochen haben die englischen Bergarbeiter im Kampf Angebrochen kämpften sie geschloßen gegen das Kapital. Nachdem der gewaltige Generalstreik, der Anfang, die Grundbesitzer des englischen Imperiums zu zerschlagen durch den Herr der Thomas und Genossen vernichtet wurde, kämpften die Bergarbeiter allein.

Mit allen Mitteln verfuhr die Bourgeoisie die Bergarbeiter zu bewirken. Sonderausstellungen für Einzelbeziehe, Sondervergünstigungen für einzelne Klassen, für Streikbrecher wurden geboten, nichts vermochte die Front zu erschüttern. Jetzt soll das Achtstundentagegeld die Bergleute in die Gruben zwingen. Rückwärts lenken die Bourgeoisie das Achtstundentagegeld durch. Dieser Schlag gegen die Bergarbeiter, die damit unter Strafen gerechtfertigt werden sollen, wurde durch den Paragrafen Thomas dadurch unterbunden, daß er die Eisenbahn veranlaßt, Streikbrecher nationaler Solidarität höchstes Gebot. Jeder ehrliche Arbeiter wird den gemeinsamen Beschluß der englisch-russischen Bergarbeitervertreter nur begrüßen. Der Kampf der englischen Bergarbeiter ist ein Kampf von Bedeutung für die Arbeiterwelt der ganzen Welt.

Wenn jedoch in England die Renegaten dem Kampf in den Rücken fallen, dann dürfen die deutschen Bergarbeiter nicht fehlen. Der „Vorwärts“ fällt während über die englisch-russische Bergarbeiterunterstützung her und schreibt:

Mit diesen Besprechungen nimmt der englische Bergarbeiterkampf eine unheilvolle Wendung. In den Kreisen des englischen Bürgertums und bei einem sehr großen Teil der englischen Arbeiterwelt tritt der Versuch, den Streik mit unethischen Mitteln zu beenden, zu Tage. Das ist ein politischer Scheitern zu verbinden, bestehend. Das einseitige Vorgehen wird das beschwerliche Gespenst an die Wand werfen. Die Arbeiterwelt wird durch den unethischen Versuch einer nicht mit den Interessen des Streikes in Zusammenhang stehenden Einmischung der Streiksituation abblenden. Die englischen Bergarbeiter treffen nicht, um eine Demonstration für die Moskauer Internationale zu veranstalten!

englischen Bergarbeitern zu bieten hat. Er springt den internationalen Kapitalisten bei.

Gesetze aber wegen dieser Lage müssen die Arbeiter ihre Solidarität bekunden.  
Keine deutsche Kohle nach England!  
Samkeit für die Streikenden!

### Ein Dolchstoß gegen die streikenden Bergarbeiter

Der Bericht Thomas an West.  
London, 10. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Konferenz der englischen Eisenbahngewerkschaften annullierte den Beschluß des Verbands von Kohle zu verweigern. Das ist der Dolchstoß gegen den Kampf der englischen Bergarbeiter. Der verwerfliche Beschluß des Generalstreiks führte zu einem Abbruchstimmungen mit der Eisenbahngewerkschaft, das jede Solidaritätsaktion verbietet.

### Außlands Arbeiter unterstützen den Kampf der englischen Bergarbeiter weiter

Moskau, 10. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Das Präsidium des Zentralrates der russischen Gewerkschaften beschloß, als nächste Rate der fortlaufend weiter eingehenden Sammelgelder den englischen Bergarbeiterverband 270 000 Rubel zu überweisen.

### Für den Kongreß der Werttätigen

Paris, 10. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Das Organ der KPD in Belgien nahm eine Entschließung zur Vorbereitung des Kongresses der Werttätigen an.  
Der Kongreß der Werttätigen muß bald zusammenkommen. In allen Betrieben und Kartellen muß für die Einberufung besonderer Bemühungen werden. Untere Genossen müssen sofort die Initiative ergreifen, um die Kartelle und Betriebe zu einer Stellungnahme zu veranlassen.

### Vor der Dabesierung Frankreichs

Preisrückstufungen der KPD.  
Paris, 10. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der Verlauf der Kammerdebatte zeigte, daß die Regierung wahrscheinlich eine Mehrzahl erhalten wird. Calvaux wird sofort nach der Budgetabstimmung das von ihm angeführte Ermächtigungsgesetz einbringen, das ihm besondere diktatorische Vollmachten zur Sicherung des Gleichgewichts im Etat und zur Stabilisierung der Währung gewährt.  
Die kommunistische Partei ruft zu nächsten Sonntag zu Massenkundgebungen auf, um gegen die Wählung der Listen auf die Sozialisten und die Dabesierung Frankreichs zu protestieren.

### Für oder gegen den Kampf der englischen Bergarbeiter?

Das ist die entscheidende Frage nicht nur für die Bergarbeiter aller Länder, sondern für das gesamte internationale Proletariat und seiner Organisationen. Darauf gilt es klipp und klar zu antworten! Was sagt der „Vorwärts“ heute nach neunwöchentlichem heldenmütigen Ausharren von mehr als einer Million englischen Bergarbeitern gegen den ihnen durch die englischen Grundbesitzer aufgezwungenen Kampf? Sein Versuch, in dem am 9. Juli erschienenen Leitartikel „Die Wahrheit über Coal“ den Abbruch des Generalstreiks durch den Generalrat der britischen Gewerkschaften zu rechtfertigen, ist in den Augen der Klassenbewußten Arbeiterwelt, nicht nur Deutschlands, eine Antwort auf die von uns gestellte Frage. Statt mit allen Mitteln den Kampf der englischen Bergarbeiter zu unterstützen und zum baldigen Siege zu verhelfen, geht der „Vorwärts“ dazu über, den Sekretär der kämpfenden englischen Bergarbeiterföderation Coal zu attackieren nach der Methode „Halte den Dieb“. Denn welches waren die Gründe, die zum tatsächlichen Ausbruch des Generalstreiks in England führten? Darauf lassen wir den Internationalen Gewerkschaftsbund am besten selbst antworten, der in seinem Pressebericht vom 18. Mai folgendes erklärte:

„Allen lebendigen Vorstellungen entgegen sei noch einmal darauf hingewiesen, daß erklärt wurde, um die Bergleute in ihrem Widerstand gegen Lohnherabsetzungen zu unterstützen, die im Widerspruch zum Bericht der Agl. Kohlenkommission den Verhandlungen über diesen Bericht vorangehen sollten.“

Genau so, wie es hier eindeutig feststeht, daß der Generalrat dem Generalstreik für den Widerstand gegen jegliche Lohnherabsetzungen im Widerspruch zum Bericht der Agl. Kohlenkommission erklärte, genau so war er gerichtet gegen jede Erhöhung der Arbeitszeit, gegen deren Verlängerung sich selbst die Kommission ausgesprochen hatte. Das und nichts anderes ist die Formel der Bergarbeiter in ihrer Verteidigung gegen die im Bund mit der Regierung, von den englischen Grundbesitzern verlangte Verlängerung der Arbeitszeit, Herabsetzung der Löhne und einer Massenentlassung von mehr als hunderttausend Bergarbeitern. Wenn der „Vorwärts“ sich jetzt von seinem Londoner Berichterstatter berichten läßt, daß der Generalrat sich durch sein „industrielles Komitee“ lediglich verpflichtet habe, die Bergarbeiter in ihren Bemühungen, eine kluge Schlichtung der bestehenden Schwierigkeiten zu finden und sie darin zu unterstützen, so ist dieses ein Rückzugversuch, der durch die nachgewiesenen Tatsachen schlagend widerlegt wird. Oder wird der „Vorwärts“ versuchen, die Mittelungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Zweifel zu ziehen?

Während die englischen Arbeiter genau wissen, warum der Generalrat eine Abrechnungskonferenz mit den Verbandsführern nicht wollte, verfuhr auch in diesem Falle der „Vorwärts“, die wirklichen Gründe für die Verschiebung der zum 26. Juni festgelegten Gewerkschaftskonferenz zu verschleiern. Denn wie liegen die Tatsachen? Erst unter energischem Druck von unten wurde er gezwungen, sechs Wochen nach Abbruch des Streiks die geforderte Abrechnungskonferenz anzukündigen. Der einzige Grund für diese Verschiebung war, daß der Generalrat überhaupt keine Konferenz wollte. Darauf beruht auch die am 23. Juni veröffentlichte Erklärung, in der gesagt wird, daß

„infolge der Angriffe der Regierung und der Unternehmung auf das Lebensniveau der Arbeiterwelt und insbesondere des Versuches der Regierung, die Sechsstundentage im Bergbau gesetzlich abzuschaffen, der Generalrat und die Vertreter der Bergarbeiterföderation beschlossen hätten, im Interesse der Bergarbeiter und der ganzen Bewegung, die erwartete Konferenz, die für den 25. Juni angesetzt war, bis zu Ende der Bergarbeiterausperrung zu verschieben.“

Nicht die im Kampfe stehende millionenstarke Masse der Bergarbeiter Englands und die von ihnen beauftragten Führer sind es, die das Resultat der verlagerten Konferenz zu fürchten haben, sondern der Generalrat. Denn er ist es, der durch den Abbruch des Generalstreiks die Kampfdauer verlängerte und dadurch die Voraussetzungen zur Verschiebung der Konferenz schuf.

Die Einberufung dieser Konferenz wird um so schneller erfolgen können, je eher die englischen Bergarbeiter den Sieg über die Grundbesitzer dazusetzen. Sie darin zu unterstützen, ist die Aufgabe von heute. Und gerade in dieser entscheidenden Tagesfrage schweigt der „Vorwärts“ sich aus. Denn es genügt nicht, der Meinung zu sein, daß die Ausfuhr von Kohlen nach England nur verhindert werden könne, durch die Hilfe englischer Sozialisten, englischer Hafenarbeiter, englischer Eisenbahner und eng-